



Zulassung für die Umsetzung präventivarchäologischer Maßnahmen

1. Vade-mecum

Gemäß dem Artikel 9 des Gesetzes vom 25. Februar 2022, Paragraph 1, über das Kulturerbe und gemäß dem Artikel 1 der großherzoglichen Verordnung vom 9. März 2022 zur Festlegung der Anforderungen zur Anfrage und Erteilung der Zulassung von archäologischen Unternehmen, zur Bestimmung der Bedingungen für die Beantragung und Erteilung der ministeriellen Genehmigung zum Durchführen archäologischer Maßnahmen.

Die Zulassung wird vom Staat (Kultusministerium) ausgestellt. Sie garantiert dem Bauherrn die wissenschaftliche und technische Kompetenz sowie die operationelle Fähigkeit des zugelassenen archäologischen Unternehmens.

1.1. Zulassung für die Durchführung präventivarchäologischer Maßnahmen

1.1.1. Allgemeines

Die Zulassung kann von jeder juristischen Person des öffentlichen oder privaten Rechts beantragt werden (sei es eine natürliche Person, eine öffentliche Einrichtung, ein Verein, eine Handelsgesellschaft, eine Struktur nach ausländischem Recht).

Der Umstand, dass der Antragsteller keinen Verwaltungssitz in Luxemburg hat, stellt allein keinen Grund für die Verweigerung der Zulassung dar. Es ist jedoch zu beachten, dass, wenn archäologisches Material aus einer Ausgrabung dem Betreiber, für die zu seiner Untersuchung erforderliche Zeit, anvertraut wird, Einschränkungen in Bezug auf Ein- und Ausfuhr des Materials bestehen können (Abschnitt 5 - Regelung der Verbreitung von Kulturgütern und Anhang I des Gesetzes über das kulturelle Erbe). Die Voraussetzungen für die Ausfuhr von archäologischem Material zu Analyse- oder Studienzwecken sind streng geregelt. Den zugelassenen archäologischen Unternehmen wird daher dringend empfohlen, über die nötige Infrastruktur zur Untersuchung und präventiver Konservierung von beweglichem archäologischem Kulturgut auf luxemburgischem Staatsgebiet zu verfügen.

1.1.2. Anwendungsbereiche der Zulassung

Der Antrag auf eine Zulassung muss vom gesetzlichen Vertreter der antragstellenden Einrichtung gestellt werden. Die Antragsteller, welche eine Zulassung beantragen, werden gebeten, die chronologischen Epochen und spezifischen Bereiche, in denen sie präventive Archäologie betreiben wollen, so klar wie möglich anzugeben:

- **Altsteinzeit**
- **Mittelsteinzeit**
- **Jungsteinzeit**
- **Metallzeitalter**
- **Antike**
- **Mittelalter**



- **Frühe Neuzeit**
- **Neuzeit**

Die Zulassung kann dabei für die Durchführung unterschiedlicher technischer und spezifischer Aufgaben erteilt werden, wie z. B.:

- **geophysikalische Prospektionen**
- **archäologische Sondagen in „ländlichen“ Gebieten**
- **archäologische Sondagen im „städtischen“ Umfeld**
- **archäologische Ausgrabungen in „ländlichen“ Gebieten**
- **archäologische Ausgrabungen in „städtischen“ Gebieten**
- **archäologische Bauforschung**
- **Bestattungsarchäologie**
- **Brunnenausgrabung**
- **Unterwasserausgrabungen**
- **Ausgrabungen in Feuchtgebieten**
- **Höhlenarbeiten**
- **archäozoologische Studien**

Diese Liste ist nicht vollständig und kann sich ändern, um den Entwicklungen in den jeweiligen Fachrichtungen Rechnung zu tragen.

Dem Antrag auf eine Zulassung muss ein Dossier mit Belegen beigefügt werden, welche den, in Artikel 9 des Gesetzes vom 25. Februar 2022 über das Kulturerbe und der großherzoglichen Verordnung vom 9. März 2022 festgelegten, Kriterien entsprechen.

Dieses Dossier muss sachlich und strukturiert sein. Es muss in einer der drei Amtssprachen des Großherzogtums Luxemburg verfasst werden, zudem gebunden und paginiert sein sowie ein detailliertes Inhaltsverzeichnis und aufgelistete, wie mit Seitenzahlen versehene Anhänge enthalten.

Der Antrag muss zwingend wie folgt eingereicht werden:

- in zwei auf Papier ausgedruckten Exemplaren,
- zusammen mit einem Exemplar in digitaler Form (PDF, als Light-Version gespeichert und bei längeren Dokumenten in klar gegliederte Kapitel unterteilt),
- per Einschreiben mit Rückschein an die folgende Adresse:

Ministère de la Culture
Demande d'agrément d'opérateurs archéologiques
M. Eric THILL
Ministre
4, Bd. F.-D. Roosevelt
L-2450 LUXEMBOURG



2. Die Bestandteile des Antragsdossiers für die Zulassung

2.1. Verwaltungsorganisation der Firma/Gesellschaft

Die Akte muss alle genauen Verwaltungs- und Kontaktinformationen der Einrichtung enthalten, für welche die Zulassung beantragt wird:

- kompletter Name oder Firmenbezeichnung;
- Rechtsform des Antragstellers;
- Postanschrift des Hauptsitzes (und der etwaigen Zweigstellen);
- Name, Vorname, Beruf und Anschrift der Geschäftsführer, Vorstandes oder anderer Personen, welche die antragstellende Einrichtung leiten oder für sie verantwortlich sind;
- Nr. des Handelsregisters (Registre de Commerces et des Sociétés);
- Nachweis der Haftpflichtversicherung des Antragstellers;
- E-Mail-Adresse(n) der Referenzperson(en);
- allgemeine E-Mail-Adresse;
 - o Telefon-, Faxnummer;
 - o ggf. Webadresse

Die Unterlagen müssen ein Organigramm mit der Struktur, den Verantwortlichkeiten und den archäologischen Aktivitäten enthalten.

2.2. Personalabteilung

Die antragstellende Organisation muss über fest angestelltes Personal verfügen, das in der präventiven Archäologie qualifiziert ist. Dies muss im Rahmen der Antragsunterlagen ausführlich dargelegt werden.

Von den Antragstellern wird erwartet, dass sie die Qualifikationen, die wissenschaftlichen Spezialisierungen (chronologische Epoche und/oder besondere Fachgebiete) und die Berufserfahrung im Bereich der archäologischen Forschung und der Erhalt des Kulturerbes des gesamten beschäftigten Personals angeben, die wissenschaftlichen Zuständigen der Zulassung für jede Epoche und/oder jedes wissenschaftliche Fachgebiet, sowie das Personal, welches für die Funktion des wissenschaftlichen Leiters der Operation vorgesehen ist.

Die *Lebensläufe* des wissenschaftlichen und technischen Personals müssen detaillierte Angaben zu folgenden Punkten enthalten:

- die akademische Laufbahn;
- die gesamte Berufserfahrung in der präventiven Archäologie:
 - o Präventivdiagnostik und/oder präventive Ausgrabungen;
 - o Ort, Dauer, betroffene Epoche(n), Art der Befunde;
 - o ausgeübte Position, Name des Verantwortlichen für die Operation;
 - o Liste der Berichte über abgeschlossene und laufende Operationen;
- wissenschaftliche Aktivitäten;
- Einbindung in Forschungsnetzwerke.



2.3. Technische und operative Mittel

Hierbei handelt es sich um eine detaillierte Darstellung der technischen und logistischen Mittel, die dem antragstellenden Unternehmen zur Durchführung von Präventivausgrabungen zur Verfügung stehen:

- Räumlichkeiten (Adresse, Arbeitsflächen, Lagerflächen, eventuell Grundriss(e) und Fotos ...);
- Computer-, Zeichen-, Fotoausrüstung, ...;
- topographische Mittel, Vermessungsausrüstung, ...;
- Recherchematerial, ...;
- Baustellenausrüstung, Sicherheitsausrüstung, Fahrzeuge, ...;
- Analysematerial, Laborausrüstung und Ausrüstung zur präventiven Konservierung;
- ggf. Einzelheiten zu den Räumlichkeiten, Mitteln und Materialien speziell für den Einsatz in Gewässern; Mittel und Materialien für den Erhalt von wassergetränkten Funden.

2.4. Unterlagen zum Beleg der finanziellen Leistungsfähigkeit des Unternehmens

Dem Antrag auf Zulassung müssen als Anhang alle Unterlagen beigefügt werden, welche die finanzielle Leistungsfähigkeit des Unternehmens belegen, insbesondere der Jahresabschlussbericht (Geschäftsbilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und ihre Anhänge für das letzte abgeschlossene Geschäftsjahr).

Bei mehreren Aktivitäten der antragstellenden Firma sollten die Ausgaben und Einnahmen, die speziell für die präventive Archäologie getätigt wurden, gesondert ausgewiesen und im Hauptteil des Antrags kurz erläutert werden.

Bei Vereinen wird anstelle des geprüften Jahresabschlusses die Übermittlung des auf der letzten Mitgliederversammlung genehmigten Geschäfts- und Finanzberichts gefordert.



3. Prüfung des Antrags und Entscheidung des Staates

3.1. Verwaltungsanweisung des Dossiers

Die administrative Bearbeitung und Überprüfung der Anträge auf Vollständigkeit werden vom INRA durchgeführt.

3.2. Entscheidung

Form und Angaben zur Begründung der Entscheidung:

Die Entscheidung wird vom Kultusminister getroffen. Sie erfolgt in Form eines Erlasses, in dem die Bedingungen genannt werden, aufgrund derer die Zulassung erteilt wird.

Der Erlass wird per Brief zugestellt, der an die Verpflichtungen des Unternehmens erinnert, insbesondere an die Pflicht jede wesentliche Änderung unverzüglich mitzuteilen.

Im Bescheid werden die chronologischen Epochen oder die Fachgebiete angegeben, für die das Unternehmen die Zulassung erhalten hat.

Die Entscheidung über die Ausstellung einer Zulassung oder einer Ablehnung wird dem Antragsteller per E-Mail und per Post mitgeteilt.

3.3. Gültigkeit und Überwachung der Zulassung

Die Zulassung wird für höchstens drei Jahre erteilt und kann verlängert werden. Der Antrag auf Verlängerung muss spätestens drei Monate vor Ablauf der Zulassung gestellt werden. Darüber hinaus überwacht das Kultusministerium die zugelassenen Unternehmen regelmäßig.

3.4. Die Verlängerung der Zulassung

Der Antrag auf Verlängerung ist spätestens drei Monate vor Ablauf der Zulassung zu stellen.

Bei einem Antrag auf Verlängerung der Zulassung übermittelt der Unternehmer dem INRA auf die gleiche Weise wie beim Erstantrag auf Zulassung ein Dossier mit allen in diesem Rahmen geforderten Unterlagen.

Die Akte enthält außerdem eine wissenschaftliche Bilanz der in den vergangenen drei Jahren durchgeführten Tätigkeiten, in der für jede Epoche oder technischen Bereich der abgelaufenen (oder noch auslaufenden) Zulassung die wissenschaftlichen Ergebnisse der vom Betreiber durchgeführten Maßnahmen dargestellt werden.

3.5. Änderung der Parameter der Zulassung

Die Epochen oder technischen Bereiche, für die eine Zulassung erteilt wurde, können auf Anfrage des Empfängers jederzeit nach demselben Verfahren geändert werden, das für den ursprünglichen Antrag auf Genehmigung gilt.



Der Antrag muss die oben genannten Unterlagen enthalten, wobei der Schwerpunkt der Präsentation des wissenschaftlichen Projekts und des Personals auf den beantragten Epochen oder technischen Bereichen liegt.

4. Die Verfahren zur Suspendierung oder zur Widerrufung der Zulassung

Die Zulassung kann durch die Entscheidung des Kulturministers nach Stellungnahme des INRA ganz oder teilweise suspendiert oder gar entzogen werden:

Der Minister kann die Zulassung jederzeit aussetzen oder entziehen, wenn ihr Inhaber:

- die in Artikel 9 Paragraph 2 des Gesetzes vom 25. Februar 2022 über das kulturelle Erbe, aufgeführten Punkte 1° bis 6°, vorgesehenen Bedingungen nicht mehr erfüllt; oder
- die Bedingungen der Genehmigung nicht oder nicht mehr erfüllt; oder
- die im Lastenheft vermerkten Vorschriften, die ministerielle Genehmigung für die archäologische Operation oder die Empfehlungen der Beamten des Staates nicht beachtet.

Das Verfahren zur Aussetzung oder zur Widerrufung läuft wie folgt ab:

- Mitteilung per Einschreiben an das zugelassene Unternehmen über die Gründe, aus denen eine Aussetzung oder ein Entzug erwogen wird;
- Dem Betreiber wird eine Frist von mindestens einem Monat eingeräumt, um schriftlich Stellung zu beziehen;
- Einholung der Stellungnahme des INRA;
- ggf. ministerieller Widerrufsbeschluss.



5. Die Referenztexte

Loi du 25 février 2022 relative au patrimoine culturel et modifiant :

- 1° la loi modifiée du 4 mars 1982 a) portant création d'un Fonds culturel national ; b) modifiant et complétant les dispositions fiscales tendant à promouvoir le mécénat et la philanthropie ;
- 2° la loi modifiée du 25 juin 2004 portant réorganisation des instituts culturels de l'État ;
- 3° la loi modifiée du 18 juillet 2018 concernant la protection de la nature et des ressources naturelles ;
- 4° la loi du 17 août 2018 relative à l'archivage.

[...]

Art. 9.

(1) Les opérations d'archéologie préventive sont effectuées par l'Institut national de recherches archéologiques, en collaboration avec un autre institut culturel, ou par un opérateur archéologique qui a été préalablement agréé.

L'agrément est attribué par décision du ministre à l'opérateur archéologique qui remplit les conditions suivantes :

- 1° disposer du personnel nécessaire pour accomplir des tâches administratives, scientifiques et techniques ;
- 2° justifier d'une connaissance satisfaisante des méthodes archéologiques et d'une expérience professionnelle ;
- 3° disposer des moyens techniques appropriés ;
- 4° avoir accès au matériel et aux informations nécessaires pour accomplir convenablement leur mission ;
- 5° avoir l'aptitude requise pour rédiger les rapports dans une des langues officielles du Luxembourg et les moyens nécessaires pour élaborer la documentation de l'opération archéologique ; 6° jouir de l'indépendance morale, technique et financière nécessaire.

Le ministre peut limiter l'agrément à des époques archéologiques spécifiques, à des tâches techniques ou scientifiques déterminées ou à un projet spécifique.

L'agrément est accordé pour une durée maximale de trois ans et est renouvelable. La demande de renouvellement est à présenter au plus tard trois mois avant l'expiration de l'agrément.

Le ministre peut à tout moment suspendre ou retirer l'agrément lorsque son titulaire :

- 1° ne satisfait plus aux conditions prévues à l'alinéa 2, points 1° à 6° ; ou
- 2° ne respecte pas ou plus les conditions particulières de l'agrément ; ou
- 3° ne respecte pas les prescriptions émises dans le cahier des charges, l'autorisation ministérielle pour l'opération archéologique ou les recommandations données par les agents de l'État.

Les modalités de la demande et de la délivrance de l'agrément peuvent être précisées par voie de règlement grand-ducal.



L'opérateur archéologique réalise l'opération d'archéologie préventive sous le contrôle technique et scientifique de l'Institut national de recherches archéologiques.

(2) Les opérations d'archéologie programmées sont effectuées par l'Institut national de recherches archéologiques, en collaboration avec un autre institut culturel, par des institutions de recherche scientifique ou par des personnes ou organismes pouvant justifier l'intérêt scientifique de l'opération archéologique et pouvant prouver des connaissances scientifiques et moyens techniques adéquats. [...]

Règlement grand-ducal du 9 mars 2022 précisant les modalités de la demande et de la délivrance de l'agrément des opérateurs archéologiques, fixant les conditions de demande et d'octroi de l'autorisation ministérielle nécessaire pour accomplir des opérations d'archéologie et déterminant les modalités de saisine et les documents à joindre à la demande de protection d'un élément immeuble relevant du patrimoine archéologique

Nous Henri, Grand-Duc de Luxembourg, Duc de Nassau,

Vu la loi du 25 février 2022 relative au patrimoine culturel, et notamment ses articles 9, paragraphe 1^{er}, 11, alinéa 2, et 18, alinéa 4 ;

Vu l'avis de la Chambre de commerce ;

L'avis de la Chambre des métiers ayant été demandé ;

Notre Conseil d'État entendu ;

Sur le rapport de Notre Ministre de la Culture et après délibération du Gouvernement en conseil ;

Arrêtons :

Chapitre 1^{er} – Modalités de demande et de délivrance de l'agrément des opérateurs archéologiques

Art. 1^{er}.

Les demandes de l'agrément prévu à l'article 9, paragraphe 1, de la loi du 25 février 2022 relative au patrimoine culturel, ci-après « loi », sont adressées au ministre ayant la Culture dans ses attributions, ciaprès « ministre », et doivent contenir les informations suivantes :

- 1° le nom, l'adresse et la forme juridique du demandeur ;
- 2° les noms, prénoms, professions et adresses des gérants, administrateurs ou autres personnes dirigeantes ou responsables de l'entité demanderesse ;
- 3° des indications sur le nombre de personnes à disposition du demandeur pour accomplir des tâches administratives, scientifiques et techniques et un dossier permettant de vérifier la connaissance des méthodes archéologiques, les aptitudes rédactionnelles et de documentation, et l'expérience professionnelle de son personnel pour lui permettre d'accomplir et de documenter des opérations d'archéologie ;
- 4° une description des moyens techniques du demandeur et de son accès au matériel et aux informations nécessaires à la réalisation des opérations archéologiques sur le terrain, aux travaux de post-fouille et à l'élaboration du rapport final de l'opération archéologique ;
- 5° le cas échéant, les époques archéologiques spécifiques, les tâches techniques ou scientifiques déterminées ou le projet spécifique pour lesquels l'agrément est demandé ;



- 6° une preuve de l'assurance de responsabilité civile du demandeur ;
- 7° toute autre pièce que le demandeur estime utile pour établir que les conditions d'agrément requises à l'article 9, paragraphe 1, de la loi sont remplies.

Art. 2.

Les décisions du ministre relatives à l'agrément parviennent au demandeur dans un délai de trois mois qui suit la réception de la demande dûment complétée par l'ensemble des pièces requises conformément à l'article 1.

Chapitre 2 – Conditions de demande et d'octroi de l'autorisation ministérielle pour accomplir des opérations d'archéologie

Art. 3.

Les demandes d'autorisation ministérielle visées aux articles 11 et 12 de la loi sont adressées au ministre au plus tard trente jours ouvrés avant le début prévu de la recherche ou de l'opération archéologique de terrain.

Art. 4.

La demande d'autorisation ministérielle telle que prévue à l'article 11 de la loi contient :

- 1° dans le cadre d'une opération d'archéologie préventive, la référence du projet d'aménagement lui attribuée par l'Institut national de recherches archéologiques, de la prescription ministérielle et du cahier des charges scientifiques ministériel ;
- 2° dans le cadre d'une opération d'archéologie préventive, la localisation exacte et la nature du projet d'aménagement : le type et la description du projet concerné, la commune, la section, les lieux-dits, les parcelles cadastrales, l'emprise du projet en mètre carré, la profondeur maximale des aménagements prévus en centimètres, et le plan ou la délimitation du projet à superposer sur un extrait de la carte topographique et un extrait du plan cadastral à une échelle adaptée à la taille du terrain ;
- 3° le nom et le prénom du maître d'ouvrage ou de la personne physique ou morale responsable des charges financières de l'opération archéologique ;
- 4° le nom et le prénom du propriétaire des parcelles ;
- 5° le type d'opération archéologique ;
- 6° les parcelles cadastrales qui feront l'objet de l'opération archéologique ;
- 7° la délimitation du terrain qui fait l'objet de l'opération archéologique précisée sur un extrait de la carte topographique et un extrait du plan cadastral, à une échelle adaptée à la taille du terrain ;
- 8° l'autorisation d'accès aux parcelles signée par les propriétaires du terrain ;
- 9° toute autre autorisation éventuellement nécessaire à l'exécution de l'opération archéologique
- 10° le nom, le prénom, la qualification et l'expérience professionnelle du responsable scientifique de l'opération archéologique et de toute l'équipe archéologique, y compris d'éventuels soustraitants et fournisseurs ;
- 11° le calendrier prévisionnel de l'opération archéologique : dates du début et de la fin de l'opération ;



- 12° une estimation du nombre de jours de travail du responsable d'opération et de l'équipe archéologique travaillant sur l'opération archéologique, avec distinction entre le nombre de jours de travail sur le terrain et le nombre de jours en post-fouille ;
- 13° les données scientifiques concernant le contexte topographique, géologique, historique et archéologique du terrain concerné ;
- 14° une description des objectifs et du contexte scientifiques de l'opération archéologique ;
- 15° une description de la méthodologie scientifique et des moyens techniques envisagés ;
- 16° une description des modalités d'organisation de chantier et d'un éventuel phasage de l'opération archéologique ;
- 17° une description de l'état du terrain avant le début de l'opération archéologique y compris d'éventuelles constructions, aménagements ou plantations ;
- 18° le résultat d'éventuelles études géologiques ou géotechniques déjà effectuées ;
- 19° le cas échéant, le plan général ou particulier de sécurité et de santé au travail ;
- 20° pour les opérations d'archéologie programmée, une description de l'intérêt scientifique de l'opération archéologique envisagée ainsi qu'une preuve des compétences scientifiques du responsable d'opération et du personnel archéologique.

Art. 5.

La demande d'autorisation ministérielle telle que prévue à l'article 12 de la loi du 25 février 2022 contient :

- 1° le type d'opération archéologique ;
- 2° la localisation et la délimitation du terrain qui fait l'objet de l'opération archéologique, précisées sur un extrait de la carte topographique et un extrait du plan cadastral à l'échelle adaptée à la taille du terrain ;
- 3° une description de l'état du terrain avant le début de l'opération ;
- 4° le nom, le prénom et l'adresse du demandeur ;
- 5° une description des objectifs et du contexte scientifiques de l'opération archéologique ;
- 6° une description de la méthodologie scientifique et des moyens techniques envisagés ;
- 7° l'autorisation d'accès au terrain signée par le ou les propriétaires du terrain ;
- 8° toute autre autorisation éventuellement nécessaire à l'exécution de l'opération archéologique ;
- 9° les dates envisagées de début et de fin de l'opération ;
- 10° une description du but scientifique de l'opération archéologique envisagée ainsi qu'une preuve de la formation de base prévue à l'article 12, alinéa 2, point 1, de la loi et suivie par le demandeur ;
- 11° le cas échéant, la convention conclue entre les propriétaires de terrain et le demandeur et dérogeant aux règles de propriété prévues à l'article 716 du Code civil en cas de découverte d'éléments archéologiques dans le cadre de l'opération.



Art. 6.

(1) Les décisions du ministre relatives à la demande d'autorisation parviennent au demandeur dans un délai de trente jours ouvrés qui suit la réception de la demande dûment complétée par l'ensemble des pièces requises conformément aux articles 4 et 5. L'autorisation ministérielle pour une opération d'archéologie préventive peut être refusée lorsque :

- 1° la demande d'autorisation ministérielle ne respecte pas les prescriptions émises dans le cahier des charges scientifiques ministériel ;
- 2° la demande d'autorisation ministérielle est incomplète par rapport aux informations requises à l'article 4 ou 5 ou ne respecte pas les normes de rédaction pour la demande d'autorisation ministérielle émises par l'Institut national de recherches archéologiques ;
- 3° le responsable d'opération ou les membres de l'équipe archéologique ne disposent pas des compétences nécessaires pour accomplir les opérations envisagées ;
- 4° le site archéologique est classé ou en procédure de classement comme patrimoine culturel national ou doit être conservé in situ pour permettre des recherches archéologiques aux générations futures.

L'octroi d'une autorisation ministérielle pour une opération d'archéologie programmée ou pour une autorisation de recherche sur base de l'article 12 s'intègre dans un projet de recherche scientifique de l'Institut national de recherches archéologiques et ne peut pas s'opposer aux objectifs de la loi.

Art. 7.

L'autorisation ministérielle contient :

- 1° le numéro et l'intitulé de l'opération archéologique ;
- 2° la localisation des terrains sur lesquels l'opération archéologique aura lieu, y inclus les numéros des parcelles cadastrales concernées ;
- 3° le nom et le prénom du responsable de l'opération ;
- 4° le nom de l'agent de l'Institut national de recherches archéologiques responsable du suivi scientifique de l'opération archéologique ;
- 5° les conditions d'exécution de l'opération archéologique ;
- 6° un renvoi aux directives de fouille et de documentation ainsi qu'au contenu et modèle de rapport d'opération ;
- 7° le cas échéant, des dispositions spécifiques à l'opération.

Art. 8.

L'opération archéologique débute endéans un an à partir de la date d'octroi de l'autorisation ministérielle. Elle est renouvelable sur demande.

Elle peut être suspendue ou retirée par le ministre à tout moment lorsque l'opérateur ne se conforme pas aux dispositions émises dans l'autorisation ministérielle.

Au cas où le ministre notifie son intention de suspendre ou de retirer l'autorisation, l'opération archéologique doit être suspendue sans délai après la sécurisation des vestiges et du chantier.



Chapitre 3 – Demande de classement d’un élément immeuble relevant du patrimoine archéologique

Art. 9.

La demande de classement comme patrimoine culturel national d’un bien immeuble relevant du patrimoine archéologique est adressée par écrit au ministre et accompagnée des informations et pièces suivantes :

- 1° nom, prénoms, professions, date et lieu de naissance, adresse privée de la personne demanderesse, ou, s’il s’agit d’une personne morale, sa dénomination sociale, forme juridique, adresse du siège social et le numéro d’immatriculation au Registre de commerce et des sociétés ;
- 2° informations sur l’emplacement du bien immeuble telles que l’adresse, commune, localité, rue, numéro ou l’indication du lieu-dit, du chemin repris ou de la route nationale ainsi que le numéro cadastral ;
- 3° photos du bien immeuble ;
- 4° texte décrivant le bien immeuble et motivation quant à son classement en que patrimoine architectural ;
- 5° toute autre pièce ou tout autre document utile à l’appui de la demande.

Art. 10.

Notre ministre ayant la Culture dans ses attributions est chargé de l’exécution du présent règlement qui sera publié au Journal officiel du Grand-Duché de Luxembourg.

La Ministre de la Culture,

Château de Berg, le 9 mars 2022.

Sam Tanson

Henri